

Sehr geehrter Herr Piontek,
sehr geehrter Herr Dr. Paul,

der Fraktionsvorsitzende der CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim und Spitzendkandidat der CDU für die Gemeinderatswahl Claudius Kranz bat mich Ihnen die Antwort auf Ihr Schreiben „Keine Mietpreisbremse für Mannheim“ zukommen zu lassen.

Die von SPD und Grünen in den vergangenen Wochen angefachte Debatte um Enteignung bzw. Vergesellschaftung von Wohnungseigentum zeigt, dass es grundunterschiedliche Auffassungen zur Gestaltung der wichtigen gesellschaftlichen Fragen gibt. Die CDU steht klar zur Sozialen Marktwirtschaft und zum im Grundgesetz festgeschriebenen Recht auf Eigentum – im Gegensatz zum Staatssozialismus wie SPD und Grüne ihn für Europa, Deutschland und Mannheim erträumen. Aus diesem Grund führt die CDU Mannheim eine Plakataktion „Freiheit statt Sozialismus“ durch. Dabei ist auf den „Stimmgabeln“ das Originalplakat aus dem Bundestagswahlkampf von 1976 zu sehen. Damit soll jedem Wähler für die Wahl am 26. Mai klar sein: gegen staatssozialistische Tendenzen braucht es jede Stimme für die bürgerliche Mitte. Hierfür steht die CDU. Das ist heute so aktuell wie 1976!

Die CDU in Mannheim lehnt die sogenannte Mietpreisbremse von Anfang an ab. Sie hat in den Städten, in denen sie eingeführt wurde, bewiesenermaßen ihr Ziel nicht erreicht. In Mannheim waren die Voraussetzungen – im Gegensatz zu 70 anderen Städten in Baden-Württemberg – in der Vergangenheit nicht gegeben. Dies zeigt auch, dass der Mietwohnungsmarkt in Mannheim bei weitem nicht so angespannt ist, wie in anderen Städten. Insbesondere die 6.000 Kleinvermieter in Mannheim, die von Haus & Grund vertreten werden, mit insgesamt 28.000 Wohnungen, sorgen genau hierfür. Die Kleinvermieter haben in der Regel ein gutes Verhältnis zu ihren Mietern. Die soziale Verantwortung wird von den Kleinvermietern ernst genommen. Eine weitere bürokratische Gängelung von Vermietern führt dazu, dass diese keinen neuen Wohnraum schaffen. Die Schaffung von neuem Wohnraum ist aber die sinnvollste Art und Weise um massive Mietsteigerungen einzudämmen.

Wenn es nach dem Willen des JUSO-Bundesvorsitzenden geht, dürfte kein Mensch mehr als eine Wohnung besitzen. Verwunderlich ist, dass es bei der SPD und bei den Grünen zum Jubiläum des Grundgesetzes hierzu keinen lautstarken Widerspruch gibt. Dies zeigt umso mehr, dass es am 26. Mai um eine Richtungswahl zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Sozialismus geht.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie dies den bei Ihnen organisierten Wohnungseigentümern in geeigneter Form mitteilen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Sandel
Fraktionsgeschäftsführer

CDU-Gemeinderatsfraktion
Rathaus E 5, 68159 Mannheim
Tel.: 0621/293-2191, Fax: 0621/293-9440
E-Mail: matthias.sandel@mannheim.de